

Handelspolitisch hat das neue Jahr mit einem Paukenschlag begonnen. Mit dem Abbau der Importquoten bei Textil- und Bekleidungsprodukten ist die jahrzehntelange Reglementierung des internationalen Handels in diesem Sektor zu Ende gegangen; die Textilindustrie ist nun vollständig in das Regelwerk der WTO integriert. Die Folgen dieser Entwicklung sind gravierend. Deutsche Kaufhausketten und Versandhandeshäuser zum Beispiel ordern jetzt verstärkt T-Shirts, Hosen, Pullover oder Strümpfe direkt in China und senken kräftig ihre Abgabepreise. Während die Verbraucher somit überall spürbar profitieren werden, sind auf der Produzentenseite die Aussichten nicht durchgängig erfreulich: Die zu erwartende massive Umschichtung der Handelsströme dürfte in erster Linie chinesischen Anbietern zu Gute kommen, deren Marktanteil von derzeit knapp 18 auf bis zu 50% steigen könnte. Zu den Verlierern zählen dagegen voraussichtlich außer den Herstellern in Importländern jene Exporteure, zum Beispiel in Ländern wie Mauritius, die sich bisher auf sichere Absatzmärkte unter dem Schutz der Quoten verlassen konnten. Gegenreaktionen der Handelspartner durch Aktivierung von Schutz- und Kompensationsmechanismen werden kaum lange auf sich warten lassen. China selbst bietet zum Ausgleich an, die eigenen Textilexporte zu besteuern.

Das Beispiel des Textilsektors demonstriert damit ebenfalls, dass die WTO kein reines Freihandelsystem ist, das ökonomischer Logik folgt, sondern ein politisches Gebilde, das auf Interessenausgleich bedacht ist. Hierzu gehört der Einbau von Sicherheitsventilen, die Handelsliberalisierung politisch akzeptabel machen und den Druck der Interessen im Inland neutralisieren sollen. Internationale Institutionen wie die WTO bedürfen derartiger Instrumente, um auf Dauer



**Georg Koopmann**

## Zehn Jahre WTO

stabile Kooperation zwischen den Staaten etablieren zu können.

In dieser systemstabilisierenden Konstruktion ist jedoch zugleich ein Spannungsfeld angelegt. In dem Maße, wie versucht wird, Schlupflöcher im System zu stopfen und handelspolitische Freiräume durch Regelbindung einzuschränken, könnte die Bereitschaft der WTO-Mitglieder sinken, den Liberalisierungsprozess voranzutreiben. Umgekehrt könnten die Mitgliedsländer vor einer Reform des Regelwerks zurückscheuen, wenn zu befürchten ist, dass die erneuerten Regeln im Wege der Streitschlichtung auch effektiv durchgesetzt werden. Die Diskussion über eine strengere Kontrolle regionaler und bilateraler Handelsabkommen durch die WTO liefert hierfür ein Beispiel.

Bei der Regelung des internationalen Handels und der Disziplinierung handelsrelevanter Politik in den Mitgliedstaaten nähert sich die WTO derweil einer natürlichen Sättigungsgrenze. Ihre Gründung vor zehn Jahren war ein quantitativer und qualitativer Sprung gegenüber dem früheren GATT. Hervorzuheben sind die Einbeziehung des Dienstleistungssektors in das multilaterale Handelssystem, das Vordringen multilateraler Regeln in binnenwirtschaftliche Politikberei-

che (zum Beispiel Subventionsgewährung) und eine Erweiterung des Zielkatalogs (zum Beispiel Schutz geistiger Eigentumsrechte). Diese Regelungen sind für alle Mitglieder bindend. Auch darin unterscheidet sich die WTO grundlegend von ihrem Vorläufer: Das GATT war durch eine „variable Geometrie“ mit unterschiedlicher Mitgliedschaft in den einzelnen Unterabkommen bzw. Kodizes gekennzeichnet.

Die Kontroverse über die Singapur-Agenda, die zur Bruchstelle der letzten WTO-Konferenz in Cancún wurde, hat deutlich die Grenzen einer weiteren regulatorischen Expansion der WTO signalisiert. Themen wie Wettbewerbspolitik, Politik gegenüber ausländischen Direktinvestitionen oder Sozial- und Umweltstandards sind inzwischen auf die Ebene der Aushandlung regionaler und bilateraler Handelsabkommen abgewandert. Diese haben parallel zur WTO eine ungeheure Dynamik entfaltet, aber bei der Aufschließung neuer Handlungspotentiale bisher faktisch wenig bewirkt. Eine überlegene Alternative zur multilateralen Liberalisierung stellen sie jedenfalls nicht dar.

Die Doha-Runde hat im vergangenen Sommer wieder Tritt gefasst und konzentriert sich nunmehr in hohem Maße auf Verbesserungen des Marktzugangs bei Agrar- und Industriegütern. Das Potential für gegenseitig vorteilhafte Liberalisierungsschritte ist in beiden Bereichen beträchtlich, doch die anstehende Präzisierung der Kürzung von Zöllen und Subventionen könnte zur Zerreißprobe für die WTO werden. Dabei belegt der starke Anstieg der Mitgliederzahl seit 1995 die hohe Attraktivität der Organisation. Den Erwartungen insbesondere der Neumitglieder – und das heißt vor allem der Entwicklungsländer – gerecht zu werden, ist die große Herausforderung für die zweite WTO-Dekade.